

Brigitte Young, Simon Hegelich

„Neue Weltordnung“: Nach dem 11. September bleibt vieles, wie es war

Alle, die nach dem 11. September gedacht hatten, die Globalisierungsgegner seien nun in der Defensive, hätten sich getäuscht, urteilt Bernard Cassen. Noch nie sei George Bush Attac so nah gewesen. Plötzlich fordere er die Kontrolle der Steuerparadiese, von der er lange nichts wissen wollte, erlasse Pakistan die Schulden und müsse zugleich begreifen, dass der Milliardär Osama bin Laden ‚auf Seiten der Wallstreet steht‘, weil er mit aller Wahrscheinlichkeit mit den Attacken auf New York und Washington ‚spekuliert‘ hat“ (FR 22.10.2001).

Einige der bisherigen Kritiker der US-Politik fühlen sich durch die angeblich veränderte amerikanische Politik deshalb bereits in ihrer Kritik bestätigt. Andere wiederum sehen, dass die USA beim Gebrauch ihrer auf die spezifisch europäischen oder internationalen Interessen wenig Rücksicht nimmt, sich also „unilateralistisch“ an Probleme begibt, die eigentlich im Einverständnis der internationalen Völkergemeinschaft zu lösen wären. Es ist diese Art normativer Begutachtung, die auch in Bezug auf die Anschläge vom 11. September und ihre Folgen immer nur eine *Bewertung*, aber keine *Erklärung* der amerikanischen Politik hervorbringt. So hält sich auch der immer wieder auftauchende Satz: „Nach dem 11. September ist die Welt nicht mehr dieselbe!“, kaum damit auf, zu erklären, was sich denn geändert hat und was gleichgeblieben ist. Dieselbe Regierung, die bisher „isolationistisch“ agiert hat, erkennt nun angeblich, dass den Problemen der Globalisierung nicht im Alleingang beizukommen ist. Zwar, so die verhaltene Kritik, ist das amerikanische Vorgehen zu unbedacht, zu einseitig, zu hegemonial, aber immerhin seien die USA von einem unilateralistischen Alleingang abgewichen und versuchen über multilaterale Koalitionen der Bedrohung durch den Terrorismus beizukommen.

Im Gegensatz zu dieser und ähnlichen Bewertungen ist es unser Ziel, die Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik seit 1989 zu erklären. Dabei wird sich zeigen, dass die Maßstäbe „isolationistisch“ und „Uni- versus Multilateralismus“ nur einen begrenzten analytischen Gehalt haben, weil die USA mehr als jeder andere Staat die Vorgänge in der Welt zu ihrem Geschäft macht und dabei sowohl uni- als auch multilateralistisch vorgeht.

„Nach dem 11. September wird nichts mehr sein wie bisher!“

Dieses allgemein geteilte Urteil in bezug auf die US-Außenpolitik wird kaum noch kritisch reflektiert. Dass die gängigen Modelle zur Erklärung amerikanischer Außenpolitik plötzlich nicht mehr greifen, liegt nämlich nicht an den eingetretenen Veränderungen, sondern vor allem daran, dass die Maßstäbe „Isolationismus“ und „Unilateralismus versus Multilateralismus“ das Wesen der amerikanischen Außenpolitik nur bedingt erklären können.

Trotz neuer Entwicklungen zeigt sich im Bereich des amerikanischen Umgangs mit der restlichen Welt eine erstaunliche Kontinuität, die ihren Ausgangspunkt 1989 mit dem Zerfall der UdSSR nahm. In der Sprache der Politstrategen führte der Wegfall der anderen Supermacht zu einem Machtvakuum und für die USA stand fest, dass sie diese Leere ausfüllen wollten. Wer den bis dato gültigen Gedanken, die USA und ihre Verbündeten müssten die Welt vor der Gefahr aus dem Osten schützen, ernst genommen hatte, der hätte nun erwarten können, dass sich die USA nach dem Wegfall dieser Bedrohung zufrieden aus der Welt zurückziehen könnten. Solche Einschätzungen wurden allerdings sofort offiziell durch den *Report on National Security Strategy of the United States* im März 1990 widerlegt.

„The report emphasizes that even with great change there will be substantial continuity. The United States will remain fully engaged in the larger world and will continue to pursue its objectives in concert with those who share its values and concerns. Our approach to security will continue to be shaped by the fact that we are a nation separated by large oceans from many of our most important friends and interests. As a global power the United States will continue to bear primary responsibility for deterring global war and will defend the interests it has in common with its allies as far forward as possible. And this will still require the presence of American forces overseas backed up by an ability to project power from the United States” (White House Fact Sheet on the National Security Strategy Report March 20, 1990).

Rückwirkend bedeutete dies die Klarstellung, dass die Bedrohung durch die Sowjetunion nie rein defensiv gemeint war, sondern es darum ging, den eigenen Einflussbereich zu erweitern. So war mit dem Wegfall des alten Gegners auch gleich eine neue Bedrohungslage definiert.

„The report also points out that America’s basic goals are enduring: (...) The growth of threats like illicit drug trafficking, subversion, and terrorism, which are often fed by poverty, injustice, and ethnic or religious strife” (ebd.).

Dieses Verständnis von Bedrohung, die als eine zu meisternde Herausforderung begriffen wird, verlangte eine Umstellung der US-Militärmacht „to a strategy that looks beyond containment and provides us capabilities appropriate to new opportunities and challenges“ (ebd.).

Ein Rückzug aus den Angelegenheiten der Welt, den man als Isolationismus bezeichnen könnte, war also keineswegs angestrebt. Im Gegenteil: um auf die Vielzahl der neuen „Bedrohungen“ angemessen reagieren zu können, haben die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren nicht nur ihr Militärbudget extrem ausgeweitet, sondern auch andere Staaten unter Druck gesetzt, amerika-

nische Werte und Umgangsweisen in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte zu übernehmen; andere Staaten an der Beschaffung von militärischen Mitteln gehindert, die geeignet wären, die amerikanische Überlegenheit zu relativieren; amerikanisches Recht in andere Gesellschaften übertragen; Staaten danach bewertet, in wie weit sie den ihnen vorgegebenen Standards in Sachen Menschenrechte, Religionsfreiheit, Drogen, Terrorismus und Proliferation von Raketen- und Atomtechnik entsprechen; Sanktionen gegen Staaten erlassen, die diesen Ansprüchen nicht gerecht wurden; die Interessen des amerikanischen Kapitals unter der Parole des Freihandels gefördert; Weltbank und IWF so eingerichtet, dass sie diesen Interessen dienen; sich in interne Konflikte eingemischt, wo nur sehr abstrakt von amerikanischen Interessen gesprochen werden kann; amerikanische Waffenverkäufe gefördert und gleichzeitig versucht, vergleichbare Geschäfte anderer Staaten zu verhindern; einen UNO-Generalsekretär aus dem Amt vertrieben und seinen Nachfolger bestimmt; die NATO nach Osten ausgeweitet; Militärschläge gegen den Irak geführt und strenge Wirtschaftssanktionen gegen dieses Regime verhängt; einige Staaten als „Schurkenstaaten“ (bzw. „Problemstaaten“) deklassiert, sie aus internationalen Organisationen ausgeschlossen und ihre Legitimität prinzipiell in Frage gestellt – um nur bei den Punkten zu bleiben, die der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington (1999: 38) aufführt.

Huntington erklärt das Verhalten der USA aus der spezifischen Konstellation des internationalen Staatensystems nach dem Wegfall der UdSSR. Die Vereinigten Staaten sind die einzige verbleibende Supermacht; allerdings in einer Staatenwelt, die von vielen regionalen Großmächten dominiert wird, von der jede einzelne zwar den USA unterlegen ist, die jedoch trotzdem in die strategischen Kalkulationen einbezogen werden müssen. Es handelt sich also nicht mehr um ein bipolares, aber auch nicht um ein unipolares System. „It is instead a strange hybrid, a *uni-multipolar* system with one superpower and several major powers“ (Huntington 1999: 36). Aus dieser Konstellation folgt für Huntington, dass die USA zwar gerne Handeln würden wie ein Hegemon, dies auch gelegentlich versuchen, was sie in der ganzen Welt unbeliebt macht, eigentlich aber nicht dazu in der Lage sind, weil die anderen Großmächte dies auf Dauer nicht zulassen. Das Problem an der Analyse Huntingtons ist, dass er sich zuwenig mit der Erklärung der aktuellen Weltordnung aufhält, sondern versucht, ein Bild einer zukünftigen Entwicklung aufzuzeigen, das in erster Linie geprägt ist von seinen theoretischen Grundannahmen: Am Ende kann es kein uni-multipolares System geben, sondern es muss sich ein multipolares System durchsetzen, in dem *balance of power*, das Gleichgewicht der Mächte zum Zug kommt.

„The superpower's efforts to create a unipolar system stimulate greater effort by the major powers to move toward a multipolar one. Virtually all major regional powers are increasingly asserting themselves to promote their own distinct interests, which often conflict with those of the

United States. Global politics has thus moved from the bipolar system of the Cold War through a unipolar moment – highlighted by the Gulf War – and is now passing through one or two unimultipolar decades before it enters a truly multipolar 21st century” (Huntington 1999: 37).

Huntington ist so überzeugt davon, dass *balance of power* sich notwendig durchsetzen muss, dass er die Analyse der jetzigen „Zwischenphase“ aufgibt und statt dessen zu zeigen versucht, dass ein solches System einfach nicht stabil sein kann. Die Anstrengungen der Supermacht müssen scheitern, weil sie Gegenanstrengungen der anderen Großmächte hervorrufen. Die Supermacht kann aber auch nicht auf die Verfolgung der eigenen Interessen verzichten, weswegen sie den anderen Staaten als *rogue superpower* (schurkische Supermacht) erscheinen muss. Letztlich kommt die „einsame Supermacht“ nicht an den andern Mächten vorbei, denn:

„At relatively low cost the United States can launch bombing or cruise missile attacks against its enemies. By themselves, however, such actions achieve little. More serious military interventions have to meet three conditions: They have to be legitimated through some international organization, such as the United Nations where they are subject to Russian, Chinese, or French veto; they also require the participation of allied forces, which may or may not be forthcoming; and they have to involve no American casualties and virtually no ‘collateral’ casualties” (Huntington 1999: 39).

Auf diese drei Bedingungen soll in Bezug auf die aktuelle Situation noch eingegangen werden. Zunächst ist aber wichtig zu betonen, dass es zwar antihegemoniale Tendenzen der anderen Mächte, insbesondere der Großmächte, gibt, dass damit aber noch nicht entschieden ist, welche Seite sich durchsetzt. In bezug auf kleinere Mächte ist klar, dass das hegemoniale Verhalten der USA zwar zu Unmut führt, dass diese Staaten aber dem amerikanischen Einfluss nichts entgegenzusetzen haben.¹ Die anderen Großmächte lassen zwar erste Bestrebungen erkennen, sich kollektiv gegen die amerikanischen Ansprüche zu stellen – Huntington nennt hier das „Strategische Dreieck“ Russland, China und Indien (vgl. Huntington 1999: 44ff.) und vor allem die Europäische Union.

„Undoubtedly the single most important move toward an antihegemonic coalition, however, antedates the end of the Cold War: the formation of the European Union and the creation of a common European currency” (Huntington 1999: 45).

Damit ist aber noch lange nicht ausgemacht, dass sich diese Bestrebungen auf lange Sicht durchsetzen. Zumal außer Acht gelassen wird, dass die anderen Mächte (auch innerhalb der EU) untereinander konkurrieren und sich immer wieder zeigt, dass sich Staaten aufgrund dieser Konkurrenz dafür entscheiden, mit Amerika zu koalieren.² Lässt man *balance of power* als Dogma bei Seite, so findet man kaum einen Anhaltspunkt für Prognosen darüber,

1 Dass die Staaten den USA ohnmächtig gegenüberstehen, heißt nicht, dass diese Ohnmacht folgenlos bleiben muss, wie die Ereignisse am 11. September gezeigt haben.

2 Ein solches Verhalten von Staaten beschreibt die klassische Theorie der Internationalen Beziehungen als *bandwagoning* (Waltz 1979: 129).

welche Seite des Konflikts in zehn Jahren überlegen sein wird bzw. ob es überhaupt zu einer Entscheidung in der Frage kommt.³

Ohne also in Spekulationen über die Zukunft verfallen zu wollen, lässt sich das Konzept des uni-multipolaren Systems als Analyserahmen für die US-Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges verwenden, wenn berücksichtigt wird, dass „the United States would clearly prefer a unipolar system in which it would be the hegemon and often acts as if such a system existed“ (Huntington 1999: 37).

Die Führungsrolle der USA ist natürlich nicht einfach Resultat des Wegfalls der UdSSR, sondern Ergebnis eines langwierigen ökonomischen, politischen und ideologischen Prozesses. Zu den bekannten ökonomischen Erfolgen, die bereits mit den günstigen Bedingungen bei der Einführung des Kapitalismus in den USA zusammenhängen⁴, kommt politisch vor allem die günstige Ausgangsposition hinzu, dass die USA schon einmal nach dem Zweiten Weltkrieg die einzige verbliebene Supermacht gewesen ist und diese Position in der Nachkriegsweltordnung für sich zu nutzen wusste (vgl. Altwater/Mahnkopf 1997: 182ff.). Dass diese Führungsposition aber von den Amerikanern selbstverständlich beansprucht und auch von anderen Ländern weitgehend anerkannt wird, ist auch auf die ideologische Verbreitung des ökonomischen „Neoliberalismus“ zurückzuführen. „Neither military nor economic power alone, or even in combination, necessarily implies hegemony. In the structure of hegemony, cultural and ideological factors are decisive“ (Cox 1992: 518).

Der entscheidende Ausgangspunkt hierfür war die Stagflation in den angelsächsischen Ländern nach den zwei Ölpreisschocks in den 70er Jahren. Die darauffolgenden politischen Auswirkungen waren der Siegeszug von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die den staatsinterventionistischen Keynesianismus zum Sündenbock erklärten und die Vorzüge der Weltmarktkonkurrenz und damit den „freien Markt“ propagierten. Die „blueprints“ für die neoliberalen Theorien hatte Friedrich v. Hayek und sein Schüler Milton Friedman an der Universität Chicago bereits in den 40er Jahren entwickelt,

3 Huntington räumt dies selbst ein, indem er den Effekt von *balance of power* an den kulturellen Differenzen relativiert, verfolgt diesen Gedanken aber nicht weiter (vgl. Huntington 1999: 45 ff.)

4 „Einerseits lässt der ungeheure und kontinuierliche Menschenstrom, jahraus, jahrein nach Amerika getrieben, stockende Niederschläge im Osten der Vereinigten Staaten zurück, indem die Emigrationswelle von Europa die Menschen rascher dorthin auf den Arbeitsmarkt wirft, als die Emigrationswelle nach dem Westen sie abspülen kann. Andererseits hat der Amerikanische Bürgerkrieg eine kolossale Nationalschuld in seinem Gefolge gehabt und mit ihr Steuerdruck, Erzeugung der allgermeinsten Finanzaristokratie, Verschwendung eines ungeheuren Teils der öffentlichen Ländereien an Spekulantengesellschaften zur Ausbeutung von Eisenbahnen, Bergwerken etc. – kurz die rascheste Zentralisation des Kapitals. Die große Republik hat also aufgehört, das gelobte Land für auswandernde Arbeiter zu sein. Die kapitalistische Produktion geht dort mit Riesenschritten voran“ (Marx 1867: 801)

und sie wurden in der von Hayek 1947 gegründeten *Mont Pèlerin Gesellschaft* weiterentwickelt. Erst mit dem Amtsantritt der Reagan-Administration setzte der ideologische Gegenwind an, der mit der Chicago-School eng in Verbindung steht. Offizielle Linie wurden nun jene ultraliberalen Konzepte, wonach der freie Markt seine „natürliche“ Dynamik entfalten kann. Dass dabei Ungleichheiten entstehen, ist für Hayek nicht weiter bedauerlich: „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig“ (von Hayek 1981).

Die gegenwärtige Herrschaft der Neoliberalen ist das Ergebnis einer konzentrierten, langfristigen und effektiven ideologischen Anstrengung identifizierbarer Akteure (Plehwé/Walpen 1999; George 2001: 205). Frances Fox Piven (1999) suggeriert, dass die Geschäftswelt in den USA zu einer ideologischen Bewegung mutierte. Das daraus folgende Projekt der Zurücknahme staatlicher Maßnahmen finanzierte die Geschäftswelt, insbesondere ihr rechtsextremer Flügel. Eine neue Allianz und Infrastruktur entstand von politiknahen „think tanks“ (*Heritage Foundation* mit über 37 Mini-Heritages in den gesamten USA, *American Enterprise Institute*, *Bradley Stiftung*, *Coors*, *Scaife*, *Cato Institute*, *Manhattan Institute for Policy Research*, *Olin Stiftungen* u.a.); den von CNN-angeführten gleichgeschalteten Medien und von Stiftungen finanzierten konservativen Lehrstühlen an Universitäten. Trotz gegenläufiger Behauptungen der neoliberalen Ökonomen, ist die Dominanz des Marktes „weder natürlich noch unvermeidbar, sie entstand nicht aus dem Nichts, sondern wurde bewusst hergestellt“ (George 2001: 207).

In der akademischen Entwicklungstheorie dominierten zunehmend Ökonomen, die der Chicago-School nahe standen. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Weltbank und den IWF. Nicolas Guilhot (2000) argumentiert, dass 29 von 37 Spitzenökonominnen der Weltbank während der neoliberalen Neuorientierung entlassen wurden, da sie zu sehr mit den staatsinterventionistischen Praktiken der keynesianischen Ära verbunden waren. Der Triumph des Neoliberalismus ist somit kein ökonomischer Sachzwang, sondern ist eng verbunden mit der seit den 80er Jahren propagierten ideologischen Reorientierung hin zum Markt fetischismus und dessen radikaler Implementierung im IWF.

Nicht nur in den USA, sondern weltweit ist somit eine Geisteshaltung verbreitet worden, die dazu verleitet, die Resultate der Konkurrenz zu akzeptieren, da sie auf der Grundprämisse basiert, dass die Konkurrenz der Märkte die ultima ratio der gesellschaftlichen Organisation sind.

Auf diesem Hintergrund lässt sich auch die praktizierte Außenpolitik der Vereinigten Staaten erklären. An drei Testfällen soll verdeutlicht werden, wie sich die Rolle der letzten Supermacht auf den amerikanischen Umgang mit anderen Staaten auswirkt: erstens der Golfkrieg, der allgemein als Geburtsstunde der „Neuen Weltordnung“ gilt; zweitens die gescheiterte Ratifizierung

des Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT), an der die inneramerikanische Debatte um Multilateralismus aufgezeigt werden kann; drittens die aktuellen Geschehnisse nach dem 11. September, die nur im Lichte der Kontinuität amerikanischer Außenpolitik zu verstehen sind.

Der Golfkrieg – Proklamation der „Neuen Weltordnung“

Die Proklamation der „Neuen Weltordnung“ fiel zusammen mit der ersten praktischen Anwendung ihrer Prinzipien: dem Golfkrieg 1991.

„As bombs were raining on Baghdad, [...] the president announced that the United States would lead ‘a new world order – where diverse nations are drawn together in common cause, to achieve the universal aspirations of mankind: peace and security, freedom and the rule of law.’ We are entering an ‘era full of promise’, Secretary of State James Baker proudly announced, ‘one of those rare transforming moments in world history’” (Chomsky 1998: 7).

Die Äußerungen der US-Politiker machen deutlich, dass zumindest die amerikanische Führung sich völlig im Klaren darüber war, dass hier nicht nur ein *Krieg um Öl* geführt wurde. Zwar gab es wichtige wirtschaftliche Interessen und Anstrengungen, den als nötig befundenen Krieg ökonomisch zu nutzen,⁵ die eigentliche Stoßrichtung des Golfkriegs ging jedoch, zumindest in ihren politischen Wirkungen, weit darüber hinaus. Die USA hatten demonstriert, dass der Einsatz staatlicher Gewalt erst ihrer Legitimation bedarf. Das ist auch für Bush Senior das wichtigste Resultat des Krieges gegen den Irak gewesen:

„Im Golfkrieg ist es uns, so hoffe ich, gelungen, einen positiven Präzedenzfall für ein künftiges Vorgehen bei internationalen Krisen zu schaffen und zu zeigen, wie sich Koalitionen schmieden lassen, wie die UNO sinnvoll eingesetzt werden und zu Hause und im Ausland vorsichtig Unterstützung für die Ziele der USA gewonnen werden kann. Am Wichtigsten aber ist, dass wir hoffentlich zeigen konnten, dass die Vereinigten Staaten niemals Aggression in der internationalen Arena akzeptieren werden“ (Bush 1999: 386).

Der Kern der „Neuen Weltordnung“ besteht also darin, dass es keine Anwendung staatlicher Gewaltmittel geben soll, die nicht von den Vereinigten Staaten gebilligt ist. Denn „Aggression“ ist weit mehr als einfach nur Gewalt. Noam Chomsky verweist darauf, dass die gewaltsame Politik des Iraks gegen Kurden und Schiiten keineswegs als Aggression gewertet wurde.

„The victors stood by silently while Saddam crushed the Shiite and Kurdish uprisings right under the eyes of Stormin’ Norman Schwarzkopf, whose forces even refused to allow rebelling Iraqi generals access to captured equipment” (Chomsky 1996: 8).

Der Vergleich des oben geschilderten Falls mit der Reaktion auf den irakischen Angriff auf Kuwait verdeutlicht, dass gewaltsames Handeln eines sstaatlichen Akteurs nur dann zu „Aggression“ wird, wenn es gegen den Willen der Vereinigten Staaten erfolgt. Die erste Leistung des Golfkriegs für die

5 Die Aufträge für einen Wiederaufbau in Kuwait wurden ausschließlich an amerikanische Firmen vergeben und das noch bevor die ersten Bomben vielen, was den deutschen Außenminister Kinkel zu einem öffentlichen Protest veranlasste.

„Neue Weltordnung“ bestand darin, diesen Sachverhalt der Welt zu vermitteln und zu demonstrieren, womit ein Staat zu rechnen hat, der sich an diesem Prinzip versündigt.⁶ Die Vereinigten Staaten agierten, als ob sie der Hegemon in einem unipolaren System seien. Zugleich beinhaltete der Golfkrieg aber auch eine wichtige Klarstellung über amerikanischen Multilateralismus. Denn wie George Bush hervorhebt, hatte der Golfkrieg gezeigt, dass Amerika in der Lage ist, Koalitionen für die Verfolgung seiner Interessen zu schmieden. Für Staaten, die zum Ordnungsfall der „Neuen Weltordnung“ werden, heißt das, sie können sich nicht darauf verlassen, dass ihnen irgend ein Staat der Welt gegen Amerika beisteht. Im Golfkrieg waren nicht nur die „üblichen Verbündeten“ auf der Seite der USA, sondern im Prinzip auch die arabischen Staaten. Für die Staaten, die selber nicht negativ ins Visier der „Neuen Weltordnung“ geraten, bedeutet der amerikanische Multilateralismus, dass sie die Chance haben, durch willfähiges Verhalten die auf sie bezogene Einschätzung der Supermacht zu beeinflussen. So hatten die arabischen Staaten gehofft, durch ihre Kooperationsbereitschaft im Golfkrieg die USA für ihr Anliegen im Nahost-Friedensprozess gewinnen zu können. Das Beispiel zeigt sofort, dass ein solches Verhalten den negativen Ausgangspunkt hat, dass man nicht glaubt, sich gegen die Supermacht durchsetzen zu können. So *erhofft* man sich zwar, dass die Vereinigten Staaten die eigenen Anliegen wohlwollend beurteilen, ein Mittel zur Durchsetzung seiner Zwecke hat damit jedoch kein Staat in der Hand.

Dem multipolaren Aspekt des internationalen Systems hat die USA im Golfkrieg auch dadurch Rechnung getragen, dass sie die europäischen Partner integrieren konnte. Vom Standpunkt Europas aus ist es vorteilhafter, zusammen mit den USA die Welt zu ordnen, auch wenn das eigentliche Ziel des Europäischen Projekts – so argumentiert Huntington jedenfalls – die Ablösung der Vereinigten Staaten als Ordnungsmacht ist (vgl. Huntington 1999: 45). Hinzu kommt, dass die Konkurrenz der europäischen Staaten untereinander immer wieder dazu verleitet, mehr Gewicht in der Union durch ein besonders gutes Verhältnis zu den USA erreichen zu wollen.⁷ Selbst die UNO hatte die USA mit dem Golfkrieg neu ins Spiel gebracht.

„Under intense U.S. pressure and threats, the UN Security Council went along with Washington’s designs, finally agreeing to wash its hands of the matter and leave it to U.S.-U.K. power, in violation of the Charter but in recognition that the procedures laid down there cannot be followed in the face of U.S. intransigence” (Chomsky 1996: 11).

Somit war es gelungen, auch Russland und China, wenigstens formell, die Zustimmung zu den Prinzipien der „Neuen Weltordnung“ abzurufen. Ro-

6 „The Gulf crisis signaled that the ultimate sanction against defiance of the world-economy hierarchy is military” (Cox 1992: 513).

7 Besonders in bezug auf die jüngsten Ereignisse wäre eine genaue Analyse der europäischen Politik im Umgang mit den USA sehr aufschlussreich.

bert Cox beschreibt diesen amerikanischen Erfolg in der Funktionalisierung der Vereinten Nationen als zweite Krise des Multilateralismus:

„The problem was no longer how the UN could survive without the political and financial support of the United States. It became whether the UN could function as a world organization if it came to be perceived as the instrument of its most powerful member. The Security Council's action could be seen as legitimating a US initiative already decided, not as the independent source of a genuinely international policy“ (Cox 1992: 499).

Die Einschätzung Präsident Bushs zeigt, dass diese Frage aus der amerikanischen Perspektive keinerlei Problem aufwarf, sondern die einzige denkbare Antwort auf die amerikanischen Probleme mit der UNO darstellte: Entweder die UNO entscheidet im Interesse der Vereinigten Staaten oder sie entscheidet eben nichts.

Der Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT)

Das Scheitern der Ratifizierung des CTBT im US-Senat im Oktober 1999 ist ein Paradebeispiel für die Argumentationsstrukturen in der amerikanischen Außenpolitik nach 1989. Zudem verdeutlicht dieses Beispiel, wie sich der Anspruch der Vereinigten Staaten an Multilateralismus verändert hat. In der europäischen Diskussion wurde die Ablehnung des Vertrages allein darauf zurückgeführt, dass sich die mehr unilateral ausgerichteten Republikaner gegen den Multilateralismus Clintons durchgesetzt hätten.⁸ Der CTBT-Fall zeigt jedoch, wie wenig diese Argumentation in der Lage ist, die eigentliche Richtung der US-Außenpolitik zu beschreiben.

Der CTBT ist von den USA als Ergänzung zum Atomwaffensperrvertrag in die Welt gesetzt worden, um eine weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. „Die Bedeutung des Vertrages liegt zum einen darin, dass er den Kernwaffenstaaten Versuchsexplosionen von Kernwaffen untersagt und zum anderen verhindert, dass Staaten ohne Kernwaffen mit Hilfe von Nukleartests einsatzfähige Kernwaffen entwickeln“ (Auswärtiges Amt 2001). Obwohl der Vertrag bislang von 161 Staaten unterzeichnet wurde, tritt er erst in Kraft, wenn er von 44 im Vertrag namentlich aufgeführten Staaten (darunter natürlich auch die USA) ratifiziert wurde. Solange die Vereinigten Staaten also eine Ratifizierung ablehnen, ist der Vertrag nicht bindend.

Das Ziel, dass die USA mit diesem internationalen Vertragswerk verfolgten, ist nicht etwa die Welt vor der Gefahr eines Atomkrieges zu bewahren, sondern sich einen technischen Vorsprung auf dem Gebiet der durchschlagskräftigsten Massenvernichtungswaffen nachhaltig zu sichern.

„The test ban treaty will restrict the development of nuclear weapons worldwide at a time when America has an overwhelming military and technological advantage.“ (Clinton 1999)

8 Darüber hinaus wurde vor allem in der deutschen Presse suggeriert, es handle sich um einen Racheakt der konservativen Republikaner an dem durch seine Sex-Affären gerüttelten Präsidenten.

Dieser Vorsprung besteht nicht nur in dem größten Arsenal nuklearer Waffen, sondern darüber hinaus in der Vielzahl der bereits durchgeführten Atomtests, sowie der technischen Möglichkeit, atomare Tests am Computer zu simulieren. Der Nutzen des Vertrages lag in der Sicht von Clinton einseitig bei Amerika. Alle anderen Atomtöchte, inklusive Russland und China, sollten an der Weiterentwicklung ihres Waffenpotentials gehindert werden, den anderen Unterzeichnern sollte der Aufstieg zur Atomtöchte erheblich erschwert werden. Clinton legte dieses Ziel deutlich offen in seiner Frage an den Senat:

„Will we ratify an agreement that can keep Russia and China from testing and developing new, more sophisticated advanced weapons?“ (Clinton 1999).

Auf der Haben-Seite stand für Amerika außerdem, dass der CTBT ein weltweites Überwachungsnetzwerk und Vor-Ort-Inspektionen einschloss.

„It will give us the tools to strengthen our security, including the global network of sensors to detect nuclear tests, the opportunity to demand on-site inspections, and the means to mobilize the world against potential violators“ (Clinton 1999).

Die einzige Verpflichtung, die die USA als Gegenleistung eingehen sollten, war der Verzicht auf Atomtests, durch den weder die Aufrechterhaltung noch die Weiterentwicklung des US-Atompotentials beeinträchtigt werden würde. Insofern war es tatsächlich verwunderlich, dass der Senat „ignored the conclusion of 32 Nobel Prize winners in physics, and many other leading scientists, including the heads of our nuclear laboratories, that we can maintain a strong nuclear force without testing“ (Clinton 1999). Diese Einschätzung wird auch dadurch gestärkt, dass auch ohne internationalen Vertrag die USA sich bislang an das von ihnen einseitig 1992 beschlossene Atomtestmoratorium halten (Blinken 2001: 42).

Dass den USA an der Weiterentwicklung ihres atomaren Potentials und nicht an seiner Verschrottung gelegen ist, zeigt sich auch daran, dass mit sogenannten „subkritischen Tests“⁹ weitergeforscht wird.

„Während Präsident Clinton federführend war beim Abschluß des Umfassenden Testsperr-Vertrages (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT), haben die USA im ersten Jahr seiner neuen Amtsperiode bereits damit begonnen, subkritische Atomwaffentests durchzuführen. Diese Testserien, die zur Verbesserung der Zuverlässigkeit und Wirksamkeit atomarer Waffen benutzt werden können und sogar zur Erprobung neuer Waffenentwicklungen, werden auf breiter Front von nicht-nuklearen Staaten als ein Zeichen mangelnden Vertrauens und als Schwächung des Vertrages gesehen. Amerikanische subkritische Tests könnten andere Atomtöchte veranlassen, ähnliche Tests durchzuführen und sie könnten dazu führen, dass der Vertrag zur Nichtverbreitung atomarer Waffen ausgehebelt wird“ (Krieger 1997).

9 „Bei einem subkritischen Test werden 50 bis 500 Pfund chemische Explosivstoffe mit kleinen Mengen waffenfähigem Plutonium in circa 300 Meter Tiefe gezündet. Mit solchen Experimenten mit weniger als der für eine atomare Kettenreaktion notwendigen kritischen Masse – deswegen „subkritisch“ –, wird das Verhalten des Plutoniums erforscht. Die gewonnenen Daten sind für die Computersimulation gedacht und können der Waffenentwicklung dienen. Das Energieministerium hat zukünftige Experimente mit ‚Atomwaffenkonfiguration‘ nicht ausgeschlossen.“ (IPPNW 2001)

Was bei fahrlässiger Betrachtung als Multilateralismus eines „wohlwollenden Hegemons“ erscheinen mag, entpuppt sich also als der amerikanische Versuch, die restliche Welt durch ein internationales Regime zu beschränken. Auf diese Weise soll nicht nur Kontrolle über andere Staaten ausgeübt, sondern die amerikanische Überlegenheit auf Dauer gesichert werden. So will die amerikanische Regierung

„dem *Weltordnungs-Ideal*, dass Amerika den auswärtigen Machthabern die legitimen und angemessenen Gewaltmittel je nach Bedarf genehmigen, zuweisen, verbieten und entziehen kann, ein Stück näher kommen. Oder, was dasselbe ist, ihrem Bedarf an *nationaler Sicherheit* nachhaltig Respekt verschaffen“ (Gegenstandspunkt 4/99: 19, Hervorhebung im Original).

Über dieses Ziel herrschte bei der politischen Klasse Einigkeit. Der Unterschied in der Auffassung der Republikaner war weitaus weniger fundamental als die Einteilung in uni- contra multilateralistisch vermuten lässt. Streit entstand über die Frage, ob der CTBT tatsächlich ein geeignetes Mittel ist, die Überlegenheit der USA auf Dauer zu fördern. Der Einwand, den die Republikaner geltend machten, ist allerdings von sehr fundamentaler Natur. Sie bezweifelten nicht die gute Absicht des Vertrages, sondern ganz prinzipiell die Wirksamkeit von Verträgen über sicherheitspolitische Angelegenheiten, Senator Lugar äußerte sich wie folgt:

„I understand the impulse of the proponents of the CTBT to express U.S. leadership in another area of arms control. Inevitably, arms control treaties are accompanied by idealistic principles that envision a future in which international norms prevail over the threat of conflict between nations“ (Lugar 1999).

Der Punkt, auf den die republikanische Kritik abzielt, ist kritisch: Welchen Wert haben Verträge zwischen Staaten in der Abwesenheit einer Gewalt, welche die Einhaltung überwacht? Wenn die Erfüllung des Vertrages allein am Willen der Vertragspartei liegt, dann wird doch jeder Staat versuchen, einen Vertrag zu brechen, der, wie der CTBT, seine Sicherheitsinteressen schädigt. Dass man aus dieser recht banalen Tatsache eines anarchischen Systems allerdings den Schluss für die Außenpolitik ziehen kann, dann doch besser auf solche Verträge zu verzichten, zeigt, wie überlegen sich die Vereinigten Staaten selbst sehen. Denn das Problem der Unsicherheit internationaler Verträge gilt ja für die anderen Staaten genauso (um so mehr, wenn sie Verträge mit den USA eingehen, wie das Beispiel des ABM-Vertrages verdeutlicht). In Ermangelung einer Alternative lassen sich trotzdem alle Staaten auf Verträge ein, die auch nicht gleich wieder gekündigt werden, erstens, weil sich alle Beteiligten vom Abschluss des Vertrages etwas versprechen, und zweitens, weil ein Staat im Falle eines Vertragsbruchs sich immer gegen die anderen Beteiligten behaupten muss – notfalls mit Gewalt. Das Verzichten auf solche Absprachen macht also nur Sinn, vom Standpunkt der überlegenen Gewalt, die ihre Interessen so oder so durchsetzt und sich deshalb nicht auf Beschränkungen festlegen braucht, seien sie auch so minimal.

In der Einschätzung des Vertrages sorgt man sich darum, ob die Vereinigten Staaten nicht durch das Vertragswerk viel zu sehr beschränkt werden („I am concerned about our country’s ability to maintain the integrity and safety of our own nuclear arsenal under the conditions of the treaty“), während die anderen Staaten den Vertrag nicht einhalten („I have little confidence that the verification and enforcement provisions will dissuade other nations from nuclear testing“), dabei unentdeckt bleiben oder aber ein Verstoß nicht geahndet werden kann („In particularly grave cases, the CTBT Executive Council can bring the issue to the attention of the United Nations. Unfortunately, this too would most likely prove ineffective, given that permanent members of the Security Council could veto any efforts to punish CTBT violators“) (alle Zitate aus Lugar 1999).

Die Welt nach dem 11. September

In Bezug auf die Anschläge lässt sich zunächst einmal feststellen, dass das Adjektiv „unfassbar“ zur Kategorisierung der Ereignisse denkbar ungeeignet ist. Denn dadurch wird suggeriert, es läge diesen Gewaltakten keine nachvollziehbare Logik zugrunde, als wären die Ereignisse vom 11. September völlig isoliert zu betrachten und stünden nicht in einem historischen Kontext.

Diese unterstellte Ahistorität steht im Gegensatz dazu, dass sowohl von offizieller Seite,¹⁰ als auch in der wissenschaftlichen und in der populärkulturellen Betrachtung der Politik, die Gefahr eines solchen Anschlags gegen die Vereinigten Staaten seit längerer Zeit perzipiert wird. Gerade die Beschäftigung mit der „Neuen Weltordnung“ zeigt, dass antiamerikanische Reaktionen seit langem ein weitverbreitetes Phänomen sind. Huntington z. B. zeigt nicht nur Bilder von brennenden amerikanischen Fahnen in Indien, Südafrika und Russland, sondern kommt auch zu der Einschätzung:

„While the Unites States regularly denounces various countries as ‚rogue states‘, in the eyes of many countries it is becoming the rogue superpower“ (Huntington 1999: 42).

Cox stellt sogar einen Zusammenhang her, zwischen der amerikanisch dominierten Weltordnung und der Verbreitung des fundamentalistischen Islams:

„Popular Islamism may also be read as a metaphor for a more widespread Third World resentment against the economic and political dominance of capitalist West, more forcibly felt since the 1980s as a consequence of Third World debt crisis among other causes“ (Cox 1992: 500).

Dass ein Land, das wie die Vereinigten Staaten bemüht ist, die Welt nach seinen Vorstellungen zu ordnen, viele Feinde hat, ist wenig verwunderlich.

10 Wie bereits erwähnt, hat der *Report on National Security of the United States* im März 1990 bereits auf nicht-militärische Gefahren hingewiesen: „The growth of threats like illicit drug trafficking, subversion, and *terrorism*, which are often fed by poverty, injustice, and ethnic or religious strife.“ [(White House Fact Sheet on the National Security Strategy Report March 20, 1990), unsere Hervorhebung].

Nun ist es aber ein Unterschied, ob eine Flagge verbrannt wird, oder Anschläge verübt werden, die in ihrer zerstörerischen Wirkung das Niveau einer Kriegshandlung haben. Die Analyse der Weltordnung ermöglicht jedoch die Erklärung einiger Besonderheiten dieser Anschläge. Zunächst ist festzuhalten, dass es sich bei den Anschlägen nicht um einen Krieg gehandelt hat. Dabei geht es nicht um Definitionsfragen, ab wann ein gewaltsamer Konflikt „Krieg“ heißen kann, sondern um das Grundelement, dass jedem Krieg zugrunde liegt:

„Jeder sucht den anderen [im Krieg] durch physische Gewalt zur Erfüllung seines Willens zu zwingen; sein nächster Zweck ist, den Gegner niederzuwerfen und dadurch zu jedem ferneren Widerstand unfähig zu machen. Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“ (Clausewitz 1980: 192).

Die Anschläge vom 11. September können also deshalb nicht als Krieg gelten, weil sie weder darauf gezielt haben, noch dazu geeignet sind, den Willen des Gegners zu brechen. In ihrer Wirkung waren die Anschläge auf Dritte gerichtet: Vielleicht auf die Weltöffentlichkeit, die arabische Staatenwelt, alle Feinde Amerikas. Bestimmt haben die Selbstmordattentäter für diese Gewalttat Anerkennung bei bestimmten politischen Gruppen zu finden versucht und auch eine besondere Wirkung ihrer Aktion erhofft, z.B. dass die arabischen Staaten sich nun zum Kampf gegen die Ungläubigen zusammenschließen. Ob diese erhoffte Reaktion aber eintritt, liegt nicht an den Anschlägen selber, sondern an der Reaktion von Dritten. Von der Größe dieser Zustimmung hängt der politische Erfolg des Gewalteinsetzes ab. „Ist der Konsens marginal, oder fehlt er gar, war die Tat vergebens und wird auf die Dauer nicht wiederholt werden“ (Ernst-Otto Czempiel 2001).

Bezeichnend für die „Neue Weltordnung“ sind diese Anschläge deshalb, weil sie von der Überlegenheit der USA zeugen. Kein Staat der Welt wagt es, sich nicht von den Anschlägen zu distanzieren, geschweige denn eine kriegsartige Revision der Weltordnung zu versuchen, obwohl die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten notwendig zu Unzufriedenheit der restlichen Souveräne führt. „The winner of the Cold War and the sole remaining great power has behaved as unchecked powers have usually done. In the absence of counterweights, a country's internal impulses prevail, whether fuelled by liberal or by other urges“ (Waltz 2000: 24).

Natürlich sind die USA nicht selber schuld an den Anschlägen, weil sie die überlegene Weltmacht sind. Ihre Überlegenheit und die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten sie genutzt haben, um die Welt nach ihren Interessen zu gestalten, ist aber der Kontext, in dem die Anschläge gesehen werden müssen. Erst der analytische Rahmen der Weltordnung ermöglicht ein Verständnis des Ausgangspunktes der Anschläge, so wie ihrer spezifischen Besonderheiten. Nicht zufällig richteten sich die Anschläge gegen die Symbole der ökonomischen und politischen Macht der USA. Die Unzufriedenheit mit

der „Neuen Weltordnung“ und die Ohnmacht, sich effektiv gegen sie zu wehren, zeigen sich in den Ereignissen vom 11. September, diese ist weder neu, noch wird sie in absehbarer Zeit verschwinden. Im Gegenteil, die Reaktion der Vereinigten Staaten produziert einige Fortschritte der „Neuen Weltordnung“ und weitere Ansatzpunkte für Unzufriedenheit.

Die USA nimmt den Anschlag als Kriegserklärung. „The deliberate and deadly attacks which were carried out yesterday against our country were more than acts of terror. They were acts of war“ (Bush 2001b). Damit findet eine gezielte Umdeutung der Ereignisse statt. Dadurch, dass die Anschläge als „acts of war“ deklariert werden, gibt es plötzlich einen Gegner, auf den die USA die oben genannte Minimaldefinition eines Krieges anwenden: Der internationale Terrorismus soll mit Gewalt niedergezwungen werden. Und anders als die Terroristen verfügen die Vereinigten Staaten über die entsprechenden Mittel. Der Gegner allerdings ist von seltsamer Beschaffenheit. Anders als bei den bisherigen Ordnungsfällen der „Neuen Weltordnung“ handelt es sich nicht um einen Souverän, der von seinen Gewaltmitteln unbotmäßigen Gebrauch gemacht hat. Mit ihrer „Kriegserklärung“ setzen sich die USA über diesen Umstand aber einfach hinweg. Das neue an der jetzigen Situation ist, dass der Anspruch an die Staaten der Welt sich gar nicht mehr nur auf sie selbst als Institutionen richtet, die sich entsprechend der amerikanischen Vorstellungen zu verhalten haben, sondern darüber hinaus die Staaten für Aktionen haftbar gemacht werden, die nicht von ihnen, dafür aber aus ihrem Hoheitsbereich heraus geführt werden. Ein Staat, der nicht zum „Terrorstaat“, der neusten Version des Begriffes „Schurkenstaat“, werden will, muss dafür sorgen, dass er in keiner Weise mit anti-amerikanischen Umtrieben in Verbindung gebracht werden kann. Oder anders, die USA verlangen von der restlichen Staatenwelt, dass diese Antiamerikanismus auf ihrem Gebiet unterbindet. Wenn ein Staat dies nicht leisten will oder kann, leiten die Vereinigten Staaten daraus für sich das Recht ab, selber tätig zu werden. Dass der Kampf gegen den Terror, ähnlich wie der Golfkrieg einen Anspruch an die ganze Staatenwelt ist, bringt Bush unmissverständlich auf den Punkt, wenn er betont:

„We are at the beginning of our efforts in Afghanistan. And Afghanistan is the beginning of our efforts in the world. No group or nation should mistake America's intentions: We will not rest until terrorist groups of global reach have been found, have been stopped, and have been defeated. And this goal will not be achieved until all the world's nations stop harboring and supporting such terrorists within their borders“ (Bush 2001a).

Hier zeigt sich also wieder die einzig verbliebene Supermacht, die ihre Ansprüche an die Welt zur Weltordnung erklärt und diese mit allen Mitteln durchsetzt („We have to use our diplomatic, our political, our economic, our financial strength as well as our military strength and unquestionably unconventional techniques“ Rumsfeld 2001). Diese Ansprüche führen nicht nur bei

den als Feinden ausgemachten Staaten wie momentan bei Afghanistan zu einer neuen nationalen Lage. Auch die Staaten innerhalb der Anti-Terror-Allianz sind mit einer veränderten Weltlage konfrontiert, die sie nicht einfach ignorieren können. So kann es sein, dass ein Staat wie Pakistan, der bemüht ist, die amerikanischen Ansprüche zu erfüllen, innenpolitisch dazu nicht oder nur schwer in der Lage ist.

Gleichzeitig handelt es sich aber nicht um einen amerikanischen Alleingang. Auch die aktuellen Ereignisse machen deutlich, dass die „Neue Weltordnung“ nicht einfach unipolar ist, sondern die USA bei ihrem Vorgehen auf die Unterstützung anderer Staaten angewiesen sind und diese auch bekommen.

„The defeat of terror requires an international coalition of unprecedented scope and cooperation. It demands the sincere, sustained actions of many nations against the network of terrorist cells and bases and funding. [...] We have a vast coalition that is uniting the world and increasingly isolating the terrorists - a coalition that includes many Arab and Muslim countries” (Bush 2001a).

Aber auch an diesem multilateralen Aspekt lässt sich ein Fortschritt festhalten. Anders als bei bisherigen Koalitionen ist der Beitrag der beteiligten Staaten sehr stark durch konkrete Forderungen bestimmt. Die Überlegenheit der USA kommt demnach auch in den Koalitionen stärker zur Geltung als bisher. Die Bemerkung von Rumsfeld, man würde nicht auf eine bestimmte Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus setzen,¹¹ zeigt ebenfalls, wie unabhängig sich die Vereinigten Staaten von ihren Bündnispartnern machen.

Bezogen auf die drei Bedingungen, die Huntington für die amerikanische Außenpolitik als Supermacht definiert, zeigt sich, dass die USA nach dem 11. September in der Lage ist, erstens, ohne eine formelle Legitimation der UNO zu agieren; zweitens, zwar von der Unterstützung anderer Staaten abhängig sind, sich aber nicht von den Staaten selber abhängig machen lassen; und drittens, zumindest bisher, nicht erkenntlich ist, dass die amerikanischen Aktionen durch die Gefahr amerikanischer Opfer in irgendeiner Weise relativiert werden.

Es bleibt vieles, wie es war!

An den Grundmustern der Weltordnung haben die Ereignisse des 11. Septembers wenig verändert. Für die Vereinigten Staaten sind die Anschläge jedoch der Anlass gewesen, die von ihr dominierte Weltordnung zu verteidigen und auszubauen. Der Anspruch an die Staatenwelt bezieht sich jetzt nicht mehr „nur“ auf staatliche Gewaltanwendung, sondern schließt auch explizit

11 „There will be a number of different coalitions that will be functioning over time. Some will be able to do some things; other will be able to do other things” (Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld, Sunday, Sept. 16, 2001).

das Handeln nicht-staatlicher Akteure ein, für das Staaten haftbar gemacht werden.

Gleichzeitig bindet die USA andere Staaten in die Weltordnung positiv mit ein, wobei jedoch erstens die Aufgaben der Verbündeten von Amerika diktiert werden, und zweitens sich die USA nicht von einzelnen Staaten abhängig macht, sondern auf wechselnde Bündnisse setzt.

Dass Amerika die Staatenwelt nun nach einem neuen Gesichtspunkt hin mustert, der Unterstützung der Anti-Terror-Allianz, kann innerhalb der bestehenden Weltordnung zu Umgewichtungen führen. Die Terrorstaaten, die zukünftig noch ausgemacht werden, müssen nicht identisch sein mit den bisherigen „Schurkenstaaten“.

Das Ideal des Kampfes gegen den Terror ist die Verwirklichung eines völlig unipolaren Systems, in dem die Vereinigten Staaten im Prinzip der Gewaltmonopolisten sind. Dass es den USA bei der Bombardierung Iraks nicht nur um die Verhinderung von dessen Wiederaufrüstung geht, hat der amerikanische UN-Botschafter Negroponte dem UN-Sicherheitsrat deutlich gemacht. Washington entscheidet nach dem Sieg in Afghanistan darüber, ob auch andere Staaten der Region angegriffen werden. „Was sich ausnimmt wie ein Extrem, bildet die Spitze einer seit langem erkennbaren Tendenz der Vereinigten Staaten, die Weltführung unilateral an sich ziehen und dabei die Mitsprache anderer Staaten bestenfalls in Form von Konsultation zu tolerieren“ (Ernst-Otto Czempiel 2001). Insofern sollte man die Bemerkungen von Bush und Rumsfeld, der Kampf gegen den Terror würde noch Jahre dauern, nicht mit Besonnenheit verwechseln. Ein Weltordnungsprogramm dieser Güte braucht tatsächlich seine Zeit.

Literatur

- Altwater, Elmar und Birgit Mahnkopf (1997): *Grenzen der Globalisierung - Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Auswärtiges Amt (2001): *Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Test Ban Treaty -CTBT-) Stand: August 2001*. www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/ctbt_html
- Blinken, Antony (2001): The False Crisis Over the Atlantic. In: *Foreign Affairs* 80:3, 35-48.
- Busch, George und Brent Scowcroft (1999): *Eine neue Welt - Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Ullstein, Hamburg.
- Bush, George W. (2001a): *Bush to Warsaw Conference on Combatting Terrorism* (President spoke by satellite telecast early November 6) <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01110604.htm>
- Bush, George W. (2001b): September 12, 2001 *Remarks By The President In Photo Opportunity With The National Security Team The White House*, Office of the Press Secretary, 10:53A.M. EDT. <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01091208.htm>
- Bush George W. (2001c): *The White House, Office of the Press Secretary, September 11, 2001 Statement By The President In His Address To The Nation*, The Oval Office 8:30 P.M. EDT <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01091120.htm>
- Chomsky, Noam (1998): Power in the Global Arena. In: *New Left Review*, No. 230 July/August 1998. S. 3-23.

- Chomsky, Noam (1996): *World Orders, Old and New*. Pluto Press, London.
- Clausewitz, Carl von (1980): *Vom Kriege*. Dümmler, Bonn.
- Clinton, William (1999): *Statement by the President*, The White House, Washington, D.C., October 13, 1999. www.state.gov/www/global/arms/statements/clinton/19991013.html
- Cox, Robert W. (1992): Multilateralism and world order. In: Robert W. Cox with Timothy J. Sinclair (1999): *Approaches to world order* 494-523. Cambridge Univ.Press, Cambridge.
- Czempiel, Ernst Otto (2001): Die Globalisierung schlägt zurück. Die Terrorakte in den USA zeigen: Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen einem Paradigmenwechsel unterzogen werden, in: *Frankfurter Rundschau*, 5. November, S. 6.
- Gegenstandpunkt 4/99: *US-Senat blockiert Atomteststopp-Abkommen*. 17-24. Gegenstandpunkt Verlag, München.
- George, Susan (2001): Den Krieg gewinnen – Lektionen der gramscianischen Rechten. In: Mario Candeias, Frank Deppe (Hrsg.) (2001): *Ein neuer Kapitalismus? 207-217*, Hamburg.
- Guillhot, Nicolas (2000): Weltbank und IWF. Die Weltsanierer vom Dienst, in: *Le Monde diplomatique*, September 2000.
- von Hayek, Friedrich (1981): Ungleichheit ist nötig, Interview in *Wirtschaftswoche*, Nr. 11, 6.3.1981, 36-40.
- Huntington, Samuel P. (1999): The Lonely Superpower, in: *Foreign Affairs* 78: 2, 35-49.
- IPPNW (2001): Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges: *Factsheet – Die USA testen weiter Atomwaffen*. www.ippnw.de/frieden/awaffen/tests.htm
- Krieger, David (1997): *Präsident Clinton und die Abrüstung – Verspielt er gerade eine historische Gelegenheit?* www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf/9740204m.htm
- Lugar, Richard G. (1999): *Statement by Senator Lugar in Opposition of the CTBT*, Lugar Press Release October 7, 1999. www.clw.org/pub/clw/coalition/lugar100799.htm
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital*. Erster Band, MEW Bd. 23, Berlin 1983.
- Nuscheler, Franz (2001): Multilateralismus vs. Unilateralismus – Kooperation vs. Hegemonie in den transatlantischen Beziehungen, in: *Policy Paper* 16 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Piven, Frances Fox (1999): Is It Global Economics or Neo.Laissez-Faire? In: *New Left Review*, 213, 107-114
- Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont-Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: *PROKLA* 115, 203-236.
- Rumsfeld, Donald H. (2001): *Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld*, Sunday, Sept. 16, 2001 <http://usinfo.state.gov/topical/pol/terror/01091608.htm>
- Waltz, Kenneth N. (2000): Structural Realism after the Cold War, in: *International Security*, Summer 25: 1, 5-41.
- Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*. Random House, New York.
- White House Fact Sheet on the National Security Strategy Report March 20, 1990. In: *US. Policy Information and Texts*, hrsg. vom USIS, U.S. Embassy, Bonn, No. 40, S. 17-31, S. 30.